Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Pressemitteilung
Nr. 146/2026
Kiel, 02.06.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Drug-Checking kommt – aber die Landesregierung lässt die meisten Betroffenen weiter allein

Zur Ankündigung der Landesregierung, künftig Drug-Checking-Modellvorhaben in Schleswig-Holstein zu ermöglichen, erklärt der sozialpolitische Sprecher des SSW im Landtag, Christian Dirschauer:

„Es ist gut, dass Drug-Checking endlich kommt. Schade ist nur, dass CDU und Grüne dafür fast drei Jahre gebraucht haben, um am Ende eine Lösung vorzulegen, die viele Betroffene weiterhin gar nicht erreicht.
Der SSW hat bereits 2023 vorgeschlagen, Drug-Checking als niedrigschwelliges Präventions- und Beratungsangebot in Schleswig-Holstein einzuführen. Die Regierungsfraktionen haben unseren Vorschlag damals verwässert, auf ein Festivalmodell zusammengestrichen und anschließend jahrelang liegen lassen. Als ich die Landesregierung vergangenes Jahr nach den Ergebnissen fragte, musste sie einräumen: Kein einziges Drug-Checking, keine Erkenntnisse, keine Evaluation.
Jetzt wird die verspätete Umsetzung als Erfolg verkauft. Das kann man machen. Man könnte aber auch ehrlich sagen, dass man aus einer guten Idee eine halbe Lösung gemacht hat.
Drogenkonsum findet nicht nur auf Festivals statt. Die gesundheitlichen Risiken von verunreinigten oder hochdosierten Substanzen verschwinden nicht, sobald die letzte Bühne abgebaut ist. Trotzdem hält die Landesregierung bis heute an einem Ansatz fest, der vor allem auf

SSW IM LANDTAG

Veranstaltungen und Festivals abzielt.
CDU und Grüne feiern sich heute für eine Lösung, die kleiner ausfällt als nötig, später kommt als möglich und weniger Menschen hilft als denkbar gewesen wäre. Die Landesregierung hat sich für den politisch bequemsten Weg entschieden. Die Rechnung zahlen diejenigen, die weiterhin kein niedrigschwelliges Angebot vorfinden.“

SSW IM LANDTAG